

## **Familienunterstützende Dienstleistungen - ein unterschätztes Arbeitsmarktsegment mit hohen gesellschaftlichen Wertschöpfungspotentialen**

*Von Uta Meier-Gräwe*

In der bundesdeutschen Debatte über die Zukunft der Arbeit lassen sich bis in die jüngste Vergangenheit hinein zahlreiche Belege finden, die davon ausgehen, dass lediglich Industrie und Handwerk wertschöpfend, also produktiv seien, wohingegen es sich bei Dienstleistungen - zumal bei den personen- und familienunterstützenden Dienstleistungstätigkeiten - um unproduktive, lediglich viel Geld „verschlingende“ (Einfach-)Dienstleistungen handelt, die im Akt des Konsums zwischen Anbieter und Nachfrager vernichtet werden. Die Geringschätzung dieser professionellen Tätigkeiten hängt zusammen mit der in der alten Bundesrepublik Deutschland über viele Jahrzehnte praktizierten Privatisierung der Kinderfrage und der Favorisierung des klassischen Ernährermodells. Dadurch blieb die gesellschaftlich notwendige Arbeit des Alltags von Hausfrauen und Müttern unsichtbar und erfuhr ungeachtet ihres erheblichen Beitrags zur Bruttowertschöpfung der Gesellschaft eine erhebliche Trivialisierung. Auch in ihrer verberuflichten Form (Hausarbeit als Erwerbsarbeit) setzte sich die Abwertung dieser familienbezogenen Dienstleistungen fort. Sie wurden allenfalls als „notwendiges Übel“ für Fälle betrachtet, wo die Familie „zu versagen“ drohte. Der Ausbau eines vielfältigen familienunterstützenden Angebots an personen- und haushaltsbezogenen Dienstleistungen fand in einer Gesellschaft, die am Bild der „guten, nicht erwerbstätigen Mutter“ orientiert war, nicht statt. Bis heute sind weibliche Dienstleistungsberufe Sackgassenberufe – immer noch schlecht bezahlt, repetitiv, oft als Helferinnenberufe strukturiert, ohne nennenswerte berufliche Entwicklungschancen (vgl. exemplarisch: Ketschau 1991; Thiessen 2004).

Bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts hat die diskursive und gesellschaftliche Konstruktion des Geschlechterverhältnisses dazu beigetragen, nachhaltige Professionswege und systematische Karrierewege zu verhindern. „Historisch betrachtet wird das deutsche Berufsbildungssystem ohne die Teilhabe der Frauen und Mädchen gegründet“ (Friese 2003:12). Als es um den Aufbau eines Berufsbildungssystems ging, wurde von Seiten der Kammern gegen eine Integration weiblicher Handwerke mit dem Argument zu Felde gezogen, dass die Damenschneiderei, das Wäschenähen oder das Frisieren ein Handwerk im eigentlichen Sinne, das heißt ein „Beruf auf Lebenszeit“ nicht

sei, sondern allenfalls eine voreheliche Beschäftigung bzw. ein ganz bescheidenes Lernen für den Hausbedarf (vgl. Krüger 1991:156f.) Aus diesem Grunde würden sich die weiblichen Handwerke für eine strenge gesetzliche Erfassung nicht eignen (ebenda).

Bis heute tut sich Deutschland schwer damit, den Strukturwandel der Gesellschaft von der Industrie- zu einer servicebasierten Dienstleistungsgesellschaft offensiv anzugehen und zu gestalten, obwohl der Markt für familienunterstützende Dienstleistungen ein großes Entwicklungspotential bietet.

Noch 1990 vertrat etwa Famulla in einem Sammelband zu den Umbrüchen der Industriegesellschaft die Meinung, dass Tertiarisierungsprozesse im warenproduzierenden Bereich nicht durchgreifend seien und im Dienstleistungssektor von einer Höherentwicklung von Tätigkeiten im Sinne intellektuell anspruchsvoller tertiärer Arbeit nicht die Rede sein könne. Für das Segment der personenbezogenen Dienstleistungen prognostizierte er erst langfristig eine nennenswerte Zunahme (Famulla 1990:62).

Das Beispiel verdeutlicht, dass das Primat der Produktion auch dann noch normativ und institutionell fortwirkt, wenn die Dienstleistungsbeschäftigung längst die Mehrzahl der Arbeitsverhältnisse bestimmt.<sup>1</sup> Der Soziologe Martin Baechtge hat dieses Beharrungsvermögen als „Industrialismus“ bezeichnet; eine Einstellung, die den „langen Abschied“ von der Industriegesellschaft in Deutschland auf der sozio-kulturellen Ebene verdeutlicht.

Wir brauchen eine offensive Auseinandersetzung mit dieser immer noch weit verbreiteten Haltung, weil der Industrialismus dieser Prägung den Blick für notwendige und längst überfällige bildungs- und arbeitsmarktpolitische Reformen am Beginn des 21. Jahrtausends verstellt. So hat die Robert-Bosch-Stiftung kürzlich prognostiziert, dass allein im Bereich der Familien-Dienstleistungen in den nächsten Jahren 60.000 Arbeitsplätze entstehen könnten. Solche familienunterstützenden Dienstleistungen sind eine wichtige Voraussetzung dafür, dass junge Frauen und Männer ihre erworbenen Qualifikationen im Erwerbsleben auch einbringen können und sich zugleich für die Übernahme von Verantwortung für Kinder, also für die Gründung einer Familie entscheiden können.

---

<sup>1</sup> Waren 1970 knapp 45 Prozent der 26,6 Millionen Erwerbstätigen im früheren Bundesgebiet im Dienstleistungsbereich tätig, so waren es im Jahr 2003 rund 71 Prozent. Demgegenüber sank der Anteil der Erwerbstätigen im Produzierenden Gewerbe im gleichen Zeitraum um fast 20 Prozentpunkte von 46 Prozent auf 27 Prozent. Damit war der Dienstleistungsbereich der Wirtschaftssektoren mit den höchsten Beschäftigungszuwächsen.

Familienunterstützende Dienstleistungen umfassen eine große Anzahl von Aufgaben, die im Alltag von Familien anfallen. Dazu gehören:

- Kinderbetreuung, Babysitterdienste, Bildungsangebote, Hausaufgabenbetreuung, Nachhilfe, Fahrdienste
- Pflegerische Betreuung von älteren und kranken Familienangehörigen, Familienpflege, Körperpflege, Gesundheits- und Lebensberatung
- Saubermachen, Textilpflege vor Ort (waschen, bügeln etc.), nichtpflegerische Betreuung von SeniorInnen, Entrümpelung, Haushaltsauflösung, Betreuung von Haustieren
- Einkaufen und Besorgungen, Lieferung von Essen, Lieferservice (Wäscherei, chemische Reinigung), Kurier- und Botendienste
- Reinigung rund ums Haus, Hausmeisterdienste, Gartenarbeit und einfache Handwerker- und Haustechnikdienste
- Partyservice, Urlaubsdienste wie Haus hüten, Postkasten leeren, Blumen gießen
- Hilfe beim Schriftverkehr (Bankverkehr, Reden, Briefe schreiben)

Solche Dienste werden von der öffentlichen Hand angeboten, von gemeinnützigen Trägern, aber auch von Privatpersonen und Organisationen wie Agenturen und Unternehmen, die gewinnorientiert tätig sind. Hinzu kommen ehrenamtliche Aktivitäten, die professionelle Anbieter im Idealfall wirksam ergänzen.

Können Familien als Arbeitsplatzanbieter oder Nachfrager auf solche Angebote zurückgreifen, ließen sich Probleme der Vereinbarkeit von Beruf und Familie für erwerbstätige Mütter und Väter besser bewältigen. Wie die Studie „Unternehmen Familie“ ([www.unternehmen-familie.de](http://www.unternehmen-familie.de)) allerdings zeigt, werden bestehende Angebote vielfach nicht wahrgenommen, weil sie nicht zielgruppen- und bedarfsgenau zugeschnitten sind. Außerdem fällt ins Gewicht, dass es immer noch mentale Barrieren gibt („Es ist mir peinlich, andere Leute für mich putzen zu lassen“). Schließlich ist die Bereitschaft, einen angemessenen Preis für familienbezogene Dienstleistungen zu bezahlen, teilweise nicht vorhanden. Anbieter solcher Dienstleistungen benötigen deshalb zur Zeit noch eine spezielle Förderung. Selbst wenn es sich um eine Art Dauersubventionierung handeln würde, um die bestehende Lücke zwischen der Zahlungsbereitschaft bzw. -fähigkeit der KundInnen und dem Preis für familienunterstützende Dienstleistungen zu schließen, ließen sich mit einem vergleichs-

weise geringen Subventionsaufwand reguläre sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze auch für gering qualifizierte Frauen schaffen und gleichzeitig die bestehende Dienstleistungslücke zur Bewältigung des Alltags zwischen Beruf und Familie überwinden. Die Sozialbilanz der Modell-Dienstleistungsagenturen in Nordrhein-Westfalen gibt Anlass zu Optimismus: Die Summe der Einsparungen und der zusätzlichen Einnahmen bei den öffentlichen Haushalten und bei der Sozialversicherung war deutlich höher als die Summe der vom Land gewährten Zuschüsse (Weinkopf 2002).

Schließlich zeigt der Blick in europäische Nachbarländer, dass bei einer breiten Integration von Frauen in das Erwerbsleben die Tendenz zur Inanspruchnahme von Dienstleistungsangeboten stetig steigt und dafür auch ein Teil des Einkommens verwendet wird.

Mit Blick auf die anteilige Bruttowertschöpfung durch Industrie und den Dienstleistungssektor in Deutschland steuerte nach Angaben des Statistischen Bundesamtes das Produzierende Gewerbe bereits im Jahre 2003 nur noch einen Anteil von 28,8 Prozent zur Bruttowertschöpfung bei, wohingegen der Dienstleistungsbereich bereits mit 70,1 Prozent an der gesellschaftlichen Bruttowertschöpfung beteiligt war. Dieser Anteil wird keineswegs nur durch die unternehmensnahen Dienstleistungen hervorgebracht. Allerdings ist nicht zu übersehen, dass im Zuge des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Strukturwandels innerhalb des Dienstleistungsbereichs bereits wiederum neue Hierarchieverhältnisse sozial konstruiert und definiert werden, etwa indem unternehmensnahe, in der Mehrzahl von männlichen Arbeitskräften verrichtete Dienstleistungen als produktiv, personenbezogene, weiblich konnotierte Tätigkeiten dagegen als unproduktiv definiert werden, weil von letzteren angeblich keinerlei industrielle Wachstumseffekte ausgingen. Somit wird auch bei der Betrachtung der Entwicklung innerhalb des Dienstleistungsbereichs erneut die Tendenz erkennbar, die Segmentierung des Arbeitsmarktes entlang der Geschlechterachse fortzuschreiben: Während die Expansion des Dienstleistungsbereichs inzwischen für die gesamtgesellschaftliche Arbeitsmarktentwicklung durchaus positiv hervorgehoben wird, bleibt im Dunkeln, dass das eigentlich arbeitsmarktpolitisch Brisante darin liegt, dass die höchsten Zuwachsraten innerhalb des Dienstleistungsbereichs nicht etwa bei den computerbezogenen und/oder unternehmensnahen Dienstleistungen liegen, sondern auf die personenbezogenen, sozialen und gesellschaftsorientierten Dienstleistungen entfallen. So ist es allein in den zurückliegenden 20 Jahren zu einer Verfünffachung der Arbeitsverhältnisse in den Erziehungs-, Pflege- und Sozialberufen gekommen. Diese Tendenz findet sich in den meisten EU-Ländern; allerdings sind die Unterschiede zwischen den Ländern beträchtlich. So werden in Deutschland in diesen Dienstleistungsgruppen pro Kopf der Erwerbsbevölkerung rund 30

Prozent weniger Arbeitsstunden geleistet als in Dänemark und Schweden. Und: es sind weniger die sogenannten einfachen, sondern vor allem die hochwertigen Dienstleistungen wie im Bereich der Kinderbetreuung, dem Bildungswesen und der Altenpflege, an denen es in Deutschland einen erheblichen Mangel gibt.

Die Bremer Frauen- und (Berufs-)Bildungsforscherin Helga Krüger nennt die Bestrebung, personenbezogene Dienstleistungen per se als unproduktiv zu charakterisieren, sarkastisch eine „ökonomische Blindflugthese“, die verkennt, dass im globalen Wettbewerb gerade jene Dienstleistungen zunehmend an ökonomischer Relevanz gewinnen, die mehr denn je den sozialen, qualifikatorischen, politischen und kulturellen Rahmen der materiellen Produktion zu liefern und abzusichern haben (Stichwort: globale Wertschöpfungsketten). Personen- und familienunterstützende Dienstleistungen greifen aber nicht nur in die materielle Produktion ein, sondern auch in die Wissensproduktion, in die Ökonomie des Alltags und der Lebensläufe oder in die Attraktivität von Städten (Städte, denen es gelingt, qualifizierten Nachwuchs durch familienunterstützende Infrastrukturen nicht ans Umland zu verlieren bzw. von anderswo anzuwerben, sind weltweit die wirtschaftlich erfolgreichsten Kommunen).

Diese bedeutsamen Wertschöpfungsbeiträge durch personen- und familiennahe Dienstleistungsarbeit lassen sich freilich in der herkömmlichen Nomenklatur industriegesellschaftlicher Prägung nicht adäquat abbilden (Krüger 2000).

Die Zukunft der Arbeitsgesellschaft in den Blick zu nehmen bedeutet folglich vor allem, den Wandel von Wertschöpfungsprozessen und ihre Quellen zu analysieren. Anders als in der Industriegesellschaft, in deren Fokus die produktive Facharbeit von Handwerk und Industrie stand, stellt das Humanvermögen der Wissensgesellschaft eine Kombination aus Infrastruktur, Qualitätssicherung, Bildungs- und Gesundheitsakkumulation dar. So gesehen macht es also perspektivisch wenig Sinn, Investitionen in zukunftsfähige Industrien (z. B. alternative Energien) gegen Investitionen in den Bereich der personenbezogenen Dienstleistungen zwecks Bildung und Pflege von Humanvermögen als einem vermeintlich überflüssigen, bestenfalls unumgänglichen „Kostenfaktor“ auszuspielen. Die Ergebnisse von PISA und anderen internationalen Vergleichsstudien sollten vielmehr Anlass sein, den großen Nachholbedarf bei der Schaffung einer vitalen, qualitativ hochwertigen sozialen Dienstleistungsinfrastruktur in den Bereichen Familienservice, Kinderbetreuung, aber auch Altenpflege und Privathaushalt klar zu benennen und ihn zukünftig auf gutem Niveau zu befriedigen und zwar durch die Flankierung einer gemischten Infrastruktur aus staatlich-kommunalen, privatwirt-

schaftlichen und freigemeinnützigen Anbietern und Organisationsformen. Eine der vordringlichsten staatlichen Gestaltungsaufgaben besteht in diesem Zusammenhang in der Begründung und Festlegung von entsprechenden Qualitätsstandards im Bereich der Betreuung, Erziehung und Bildung, aber auch bei Ernährung, Gesundheit und Pflege, die für alle Anbieter von Dienstleistungen verbindlich sind.

Arbeitsmarktpolitische Strategien sollten folglich betont auf den Ausbau einer familien- und personenbezogenen Dienstleistungsinfrastruktur setzen, anstatt zu meinen, hier weiter mit Ehrenamt und dem lange Jahre praktizierten „Mut zur Lücke“ fortzufahren, jüngst ergänzt um das Instrument der Ein-Euro-Jobs. Wenngleich die Bundesrepublik Deutschland auch in Zukunft ein wichtiger Industriestandort bleiben wird, ist der Wandel zu einer Dienstleistungsgesellschaft unverkennbar und sollte durch staatliche „Markteinführungshilfen“ offensiv und zielgerichtet begleitet werden. Eine Initiative, die in diese Richtung weist, wurde von der Robert-Bosch-Stiftung mit dem Programm „Unternehmen Familie – Innovationen durch familienunterstützende Dienstleistungen“ initiiert, gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und der Europäischen Union mittels des Europäischen Sozialfonds.

Perspektivisch geht es bei dieser und bei anderen Initiativen zur Stärkung personen-, haushalts- und familienbezogener Dienstleistungen immer auch um die schrittweise Besserstellung von feminisierten Dienstleistungsberufen, um ihre höhere Wertschätzung und weitere Professionalisierung, wie es andere europäische Länder bereits seit Jahren praktizieren. Die Lebensqualität von Kindern, Familien und der wachsenden Zahl von unterstützungs- und pflegebedürftigen älteren Gesellschaftsmitgliedern hängt in Zukunft ganz entscheidend von einem flexiblen und vielfältigen Angebot an solchen Diensten und einer bedarfsorientierten Qualifizierung des Personals mit hoher Schnittstellenkompetenz ab. Viel zu lange waren diese Tätigkeiten „unsichtbar“ in den Privatbereich verbannt und gesellschaftlich gering geschätzt. Der Ausbau einer vitalen familienergänzenden Infrastruktur hätte zumindest drei positive Wirkungen: zum einen wäre das eine wichtige Ermutigungsstrategie zum Leben mit Kindern für AkademikerInnen, zum zweiten böte sie Kindern und Eltern aus benachteiligten Familien vielfältige Unterstützung im Sinne einer systematischen Armutsprävention und würde dadurch Folgekosten in Milliardenhöhe vermeiden. Drittens schließlich könnten auf diesem Wege in den Kommunen rationalisierungsresistente Beschäftigungschancen für unterschiedliche Qualifikations- und Berufsgruppen entstehen.

Der Übergang in die wissensbasierte Dienstleistungsgesellschaft muss demnach mit einem radikalen Abschied vom traditionellen deutschen Typus der Dienstleistungsarbeit verbunden werden, der sich auf das herkömmliche Geschlechterverhältnis mit der typischen Zuweisung der Haus- und generativen Sorgearbeit an Frauen sowie ihrer Niedriglohnbeschäftigung im personen- und haushaltsnahen Dienstleistungssektor gestützt hat. So „verführerisch“ es angesichts knapper öffentlicher Mittel auf den ersten Blick auch zu sein scheint, den Ausbau dieser Dienstleistungsgruppen vorwiegend mit einfachen Arbeitsplätzen, „Jedermann-Qualifikationen“ und Ein-Euro-Jobs bewerkstelligen zu wollen, so fatal würden sich die Effekte volkswirtschaftlich auswirken.

Ob der Ausbau des Dienstleistungssektors mit der Entwicklung von qualitativ guter Dienstleistungsarbeit einhergeht, ist eine politische Grundsatzentscheidung, welche die Tarifpolitik ebenso betrifft wie die öffentlichen Finanzen, aber auch wichtige Politikfelder wie Bildungs- und Familienpolitik.

Die Relevanz personen- und familienbezogener Dienstleistungen steht im übrigen in einem engen Zusammenhang mit der Frauenerwerbsquote eines Landes. Europäische Nachbarländer, die schon seit Jahren den öffentlichen Sektor im Bereich der Kinderbetreuung, der Altenpflege und der haushaltsunterstützenden Dienste ausgebaut haben, weisen heute niedrigere Erwerbslosenquoten, höhere Kinderzahlen, weniger Kinderarmut und eine höhere Frauenbeschäftigung auf. Im EU-Vergleich gibt es eine signifikant positive Korrelation zwischen der Beschäftigungsquote (in Vollzeitäquivalenten) von Frauen und dem Arbeitsvolumen in diesem Dienstleistungssegment. Mehr Frauen auf dem Arbeitsmarkt erhöhen die Nachfrage nach diesen Dienstleistungen, andererseits aber auch das Angebot an Arbeitskräften, die einen Arbeitsplatz in diesem Bereich suchen.

Vor dem Hintergrund der absehbaren demografischen Entwicklung brauchen wir innovative Antworten zur Gestaltung des rasch wachsenden Marktes für professionell erbrachte personenbezogene Dienstleistungen. Wenngleich die Anhebung von Qualifizierungs- und Qualitätsstandards inzwischen zumindest in einigen Bereichen vorankommt (Debatte um die Akademisierung des ErzieherInnenberufs, Neuregelung der Ausbildungsordnung im Bereich der examinierten Altenpflege, Einführung eines Mindestlohns für Reinigungskräfte), ist der „Wildwuchs“ in diesem Beschäftigungssegment frappierend. Zudem kollidieren die Bemühungen um die Einführung von Standards guter Dienstleistungsarbeit in einem teils unerträglichen Ausmaß mit den vorgefundenen Arbeitsbedingungen, unter denen diese Dienste zum Teil erbracht werden (Stichwort: „Renn-Pflege“ in der ambulanten Altenpflege, Akkordarbeit in Pflegeheimen mit notorischer personeller Unterbesetzung).

Als Indiz sei genannt, dass 80 Prozent aller examinierten Pflegekräfte fünf Jahre nach Ausbildungsabschluss nicht mehr im erlernten Beruf tätig sind, obwohl der Arbeitsmarkt in diesem Bereich vielerorts „leergefegt“ ist. Des weiteren wird auf Seiten der examinierten Pflegekräfte eine „Flucht in die Teilzeit“ oftmals als einziger Weg gesehen und praktiziert, um den hohen physischen und psychischen Belastungen wenigstens einigermaßen Stand zu halten. Zu einer individuellen Existenzsicherung und der Vorsorge für die eigene Altersversorgung reicht ein Teilzeit-Beschäftigungsverhältnis in diesen vermeintlichen „Frauenberufen“ freilich nicht. Hinzu kommt, dass ein hohes Ausmaß an illegalen Beschäftigungsverhältnissen mit teils fatalen Qualifikationsdefiziten und Qualitätsmängeln verbunden ist (Rerrich 2006).

Politisch verantwortliches Handeln für die Gewährleistung von guter Dienstleistungsarbeit, die der klassischen guten „deutschen“ Facharbeit nicht nachstehen dürfte, erfordert demnach eine gesellschaftliche Rahmung und Kontrolle von Professionalisierungs- und Qualitätsstandards der personen- und familienbezogenen Dienstleistungsfacharbeit und deren Überprüfung im beruflichen Alltag der betreffenden Beschäftigtengruppen. Das schließt ein, die Überwindung einer geschlechtersegregierten Dienstleistungsarbeit auf die politische Agenda zu setzen, um schrittweise eine Gleichwertigkeit von männlich und weiblich konnotierten Tätigkeitsfeldern zu erreichen.

(Dezember 2007)

*Prof. Dr. Uta Meier-Gräwe (\*1952) studierte Ökonomie und Soziologie in Ostberlin. Sie promovierte und habilitierte sich schließlich an der Humboldt-Universität zu Berlin. Sie war Mitglied der Projektgruppe „Zukunft der Familie und sozialer Zusammenhalt“ des SPD-Parteivorstands und der Sachverständigen Kommission zur Erstellung des 7. Familienberichts der Bundesregierung. Derzeit hat Sie einen Lehrstuhl an der Universität Gießen inne und ist Mitglied im Kompetenzteam „Familienbezogene Leistungen“ bei Familienministerin Dr. Ursula von der Leyen.*

**Literatur:**

- G.-E. Famulla (1990): Zum Wandel von Arbeit und Ökonomie. In: Umbrüche der Industriegesellschaft. Herausforderungen für die politische Bildung, Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 284, Bonn, S. 62).
- Friese, Marianne (2003): Arbeit und Geschlecht in der Erziehungswissenschaft unter besonderer Berücksichtigung personenbezogener Dienstleistungsberufe. Expertise im Auftrag des vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten Projekts Genda – Netzwerk feministischer Arbeitsforschung. Marburg.
- Kettschau, Irmhild (1991). Hausarbeitsqualifikationen und weibliches Arbeitsvermögen im Spannungsfeld privater Aneignung und beruflicher Verwertung. In: Irmhild Kettschau und Barbara Methfessel (Hrsg.): Hausarbeit – gesellschaftlich oder privat? Hohengehren, 141-164.
- Krüger, Helga (1991). Doing Gender – Geschlecht als Statuszuweisung im Berufsbildungssystem. In: Bock, D. et al: Übergänge in den Beruf. Weinheim und München, 139-169.
- Krüger, Helga (2000). Ein expandierender Arbeitsmarkt mit sieben Siegeln. In: Frankfurter Rundschau vom 16.2.2000, 11.
- Rerrich, Maria (2006): Die ganze Welt zu Hause. Cosmophile Putzfrauen in privaten Haushalten. Hamburg.
- Thiessen, Barbara (2004). Re-Formulierung des Privaten. Professionalisierung personenbezogener, haushaltsnaher Dienstleistungsarbeit. Wiesbaden.
- Weinkopf, Claudia (2002): „Es geht auch anders“ – Reguläre Beschäftigung durch Dienstleistungspools. In: Gather, Claudia (Hg.): Weltmarkt Privathaushalt. Bezahlte Haushaltsarbeit im globalen Wandel. Münster, 154-166.

[www.unternehmen-familie.de](http://www.unternehmen-familie.de)